




Dr. Ernst Dieter Rossmann

Mitglied des Deutschen Bundestages
Platz der Republik, 11011 Berlin

 (030) 227-73447

 (030) 227-76318

 ernst-dieter.rossmann@bundestag.de
www.ernst-dieter-rossmann.de

Pressemitteilung

Berlin, den 17. Mai 2006

Stadtwerke und Kommunen bei der Netzgeldregulierung nicht ins Abseits stellen

Jetzt machen die Kommunen und die Stadtwerke mobil! Die Absichten der Bundesnetzagentur bzw. der Regulierungsbehörden der Länder drohen nach Auffassung vieler Kommunalverantwortlicher die Wirtschaftlichkeit der Stadtwerke und die Finanzierungsgrundlagen der Städte für ihre Infrastrukturaufgaben in Frage zu stellen.

Auch die Elmshorner Stadtwerke bzw. der Verbund der Stadtwerke im Kreis Pinneberg haben sich sehr nachdrücklich gegenüber den Bundestagsabgeordneten für eine Korrektur der bisher bekannt gewordenen Pläne eingesetzt.

Am Donnerstag dieser Woche nimmt sich jetzt auch die Arbeitsgruppe Kommunalpolitik der SPD-Bundestagsfraktion dieser Fragen an. Der Präsident des Verbandes Kommunaler Unternehmen und Oberbürgermeister der Stadt Mannheim Gerhard Widder

wird dort die Sichtweise der Stadtwerke und Kommunen nachdrücklich vortragen. Stellvertretende Vorsitzende dieser Arbeitsgruppe Kommunalpolitik in der SPD-Fraktion ist die schleswig-holsteinische Bundestagsabgeordnete Bettina Hagedorn aus Ostholstein. Der Kreis Pinneberger SPD-Bundestagsabgeordnete Ernst Dieter Rossmann hat erreicht, dass auch Vertreter aus dem regionalen Bereich zu diesem Gespräch geladen werden. In Vertretung für Elmshorns Stadtwerkedirektor Torsten Zipperling wird der Geschäftsführer der Wedeler Stadtwerke Matthias Wendel in Berlin dabei sein.

Rossmann selbst erwartet härteste Auseinandersetzungen zwischen den Vertretern der Bundesnetzagentur bzw. der Landesregulierungsbehörden und den kommunalen Vertretern. „Entscheidend muss doch sein, die Stadtwerke so weit zu stützen, dass wir nicht nur einen oligopolistischen Energiemarkt haben, in dem die großen Konzerne das Diktat ausüben“, sagt Rossmann. Der Abgeordnete hofft deshalb darauf, dass mit den starken Argumenten der Stadtwerke und der Kommunen die Vertreter in beiden großen Volksparteien letztlich ihren Einfluss geltend machen, damit starke örtliche Energieversorgungsunternehmen auch in Zukunft ihren Auftrag für die Kunden und die Kommunen bestmöglich erfüllen können.